

Einbeziehung anderer Einkunftsarten in die Sozialversicherung

Offizielles Wording:

Der Vorschlag von Robert Habeck basiert auf dem Konzept einer Bürgerversicherung zur Einbeziehung aller Versicherten zur Finanzierung unseres Gesundheits- und Pflegesystems.

Zu einer gerechten Finanzierung gehört für uns auch: Wer Millionen in Aktien angelegt hat, und hieraus hohe Gewinne erzielt, sollte sich mit diesem Einkommen genau so solidarisch an der Finanzierung der Sozialversicherung beteiligen, wie die Krankenschwester, die jeden Tag zur Arbeit gehen und unser Land am Laufen hält.

Selbstverständlich geht es nicht um den normalen Sparer, der für sich etwas zurück gelegt hat, oder privat fürs Alter vorsorgt.

Diejenigen, die so viel Geld haben, dass das Geld für sie arbeitet, statt dass sie arbeiten gehen müssen, sollten allerdings beteiligt werden.

Auf Nachfrage:

FAQ:

1. Frage: Gilt der Vorschlag oberhalb von 1000 Euro Kapitalertrag?

Das ist falsch. Die Grünen haben NICHT festgelegt, dass auf alle Erträge oberhalb von 1000 Euro Krankenkassenbeiträge gezahlt werden müssen. Das ist eine Beispielrechnung der Bildzeitung, die nicht auf einem Grünen Vorschlag basiert.

Die Grüne Bundestagsfraktion hat keine präzise Höhe des Freibetrags festgelegt. Die entsprechende Höhe wäre Gegenstand der Festlegung eines Gesetzgebungsverfahrens. Fest steht für uns, dass die Freibeträge so hoch sind, dass normale Sparer hiervor nicht betroffen sind.

2. Frage: Betrifft er Vorschlag nur Menschen die gesetzlich versichert sind und privat vorsorgen?

Auch das ist falsch. Uns Grünen geht es im ersten Schritt darum, dass auch Menschen die privat versichert sind, an der Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung beteiligt werden. Erst im zweiten Schritt geht es dann darum, alle Einkommensarten bei der Berechnung hinzuzuziehen. Und dann gibt es in unserem Konzept relevante Freibeträge für die private Altersvorsorge.

3. Frage: Ist dies der einzige Vorschlag der Grünen zur Finanzierung der GKV?

Wir Grünen haben eine Reihe von Vorschlägen für eine bessere Finanzausstattung des Gesundheits- und Pflegesystems. Ein Vorschlag der Grünen Bürgerversicherung ist die Einbeziehung privat Versicherter in die Finanzierung des Gesundheits- und Pflegesystems. Auch der Manager oder der Chefarzt sollen sich an der Finanzierung beteiligen. Daneben schlagen wir auch die Berücksichtigung aller Einkommensarten vor. Ein weiterer Vorschlag der Grünen ist, dass auch die Kosten für Menschen die Bürgergeld beziehen durch Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt angemessen abgedeckt werden. Auch hierdurch könnten die normalen Beitragszahler entlastet werden. Zudem wollen wir Kosten reduzieren, indem wir unnötige Bürokratie, die heute digital und effizienter laufen

könnte, abbauen und der Nutzen für Patient*innen erhöht wird. Oberste Priorität hat für uns, dass für alle Menschen im Land Krankenhäuser und bestmögliche Gesundheitsversorgung erreichbar sind.

Möglicher Konter:

Erstens:

Olaf Scholz und Christian Lindner haben sich in den vergangenen drei Jahren immer wieder darauf geeinigt, die Sozialversicherungssysteme zu belasten. In der Folge sind die Beitragssätze auf einen Höchststand angestiegen. Dies war aus Grüner Sicht keine gerechte und nachhaltige Politik.

Zweitens:

Der Vorschlag der Grünen ist nicht neu. Und er erhält breite Unterstützung. Neben Gewerkschaften und Sozialverbänden unterstützt beispielsweise auch der Arbeitnehmerflügel der Union (CDA) dieses Konzept (<https://www.cda-bund.de/aktuelles/immer-weniger-netto/>).

Öffentliche Kommentierung:

Felix Banazak hat sich hierzu in seiner Pressekonferenz folgendermaßen geäußert:

https://x.com/phoenix_de/status/1878814400112439737?s=61&t=tCDoFxN6IWhYA26siyfLaA